



ARGE WOHNUNGSSICHERUNG NÖ

Delogierungsprävention in Niederösterreich



Pressemappe: Arbeitsgruppe Wohnen des NÖ Armutsnetzwerks, Pressegespräch am 16.10.2019 um 10 Uhr,
Klostergasse 15, 3100 St. Pölten

Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden! Wohnen in NÖ: Herausforderungen und Lösungsansätze

Pressemappe Teil I: „Wir alle brauchen ein Zuhause- Wohnen als Grundbedürfnis“ (Barbara Bühler)

Wohnen ist ein unverzichtbares Grundbedürfnis, dennoch wird es für viele immer mehr zum Luxus: Die Mietpreise sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, die Entwicklung der Einkommen, aber auch die vorhandenen Fördersysteme puffern diese Steigerung nicht ab.

Die „eigenen vier Wände“ werden für viele zu einem Armutsrisiko und für manche auch zu einem unerreichbaren Gut. Leistbare Wohnungen sind in Regionen mit guter Infrastruktur kaum noch zu finden, in ländlichen Regionen fehlt es häufig an gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wohnen wird teurer: Betrug die durchschnittliche Bruttomiete (inkl. Betriebskosten) in Niederösterreich im Jahr 2007 noch 341 Euro¹, waren es im Jahr 2017 bereits 474 Euro (Steigerung von + 39 %).

Angesichts derart steigender Mietkosten wird es für uns alle und ganz besonders für Menschen mit geringem Einkommen immer mehr zur Belastung Wohnungen zu finden, die leistbar sind und leistbar bleiben, auch wenn sich die Einkommenssituation aufgrund einer Notlage, einer Erkrankung, Arbeitslosigkeit oder im Alter ändert.

Wie zum Beispiel bei Frau Müller (Name geändert): Aufgrund einer schweren Erkrankung kann sie ihren erlernten Beruf nicht mehr ausüben. Zur Sorge um ihre berufliche Zukunft kommen die Sorgen im Hinblick auf ihre zukünftige Wohnsituation.

Ihr 19jähriger Sohn beteiligt sich an den Wohnkosten, von seinem Vater hat sie sich vor Jahren getrennt. Wenn ihr Sohn auszieht, muss sie sich eine neue, billigere Wohnung suchen, weil Sie sich die derzeitige Wohnung alleine nicht leisten kann.

„Findens mal wen, der Ihnen eine Wohnung gibt, wenn Sie wenig Einkommen haben!“ sagt sie im Gespräch und beschreibt wie belastend sie diese Unsicherheit im Hinblick auf ihre Wohnsituation im Alter erlebt.

Derzeit wird der Wohnzuschuss in NÖ vom Wohnanteil der Mindestsicherung abgezogen.

Jene Menschen, die in einer existenziellen Notlage sind, werden also durch diese Förderstrukturen nicht entlastet.

Das im Juni 2019 im NÖ Landtag beschlossene Sozialhilfe Ausführungsgesetz (SAG NÖ) soll mit 1.1.2020 in Kraft treten und wird die Problematik vor allem für Haushalte mit mehreren Kindern, noch verschärfen.

Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden, darum haben wir, die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wohnen des NÖ Armutsnetzwerks, Sie zum heutigen Pressefrühstück eingeladen!

Kontakt: Mag.^a (FH) Barbara Bühler, Bakk.^a.phil
Kordinatorin und Obfrau NÖ Armutsnetzwerk
0650/ 37 577 81
armut_in_noe@gmx.at

¹ Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus in Sozialstatistisches Handbuch NÖ 2018 (AK NÖ)



ARGE WOHNUNGSSICHERUNG NÖ

Delogierungsprävention in Niederösterreich

NIEDERÖSTERREICHISCHES
ARMUTS
NETZWERK

PSZ
Psychosoziale Zentren gGmbH
Wege zur psychischen Gesundheit



emmaus
SOZIALGEMEINSCHAFT
ST. PÖLTEN

Pressemappe: Arbeitsgruppe Wohnen des NÖ Armutsnetzwerks, Pressegespräch am 16.10.2019 um 10 Uhr,
Klostergasse 15, 3100 St. Pölten

Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden! Wohnen in NÖ: Herausforderungen und Lösungsansätze

Pressemappe Teil II: Wohnen und Mobilität (Elisabeth Gundendorfer)

*„Psychisch kranke Menschen schaffen oft weder für sich noch für ihre Kinder weite Wege für die Freuden des Lebens zurück zu legen. Für notwendige Wege zu Arbeit, Behörden, Therapie, Schule.. (Pflichten) wird oft die wenige Energie, das geringe finanzielle Budget aufgebraucht.“
schreibt uns Frau M., eine von psychischer Krankheit betroffene Alleinerzieherin.*

In unserer täglichen Praxis mit armutsgefährdeten oder von manifester Armut betroffenen Menschen ist das Thema „leistbarer Wohnraum“ ständig aktuell, brisant und oft belastend. Gute Wohnmöglichkeiten für unsere Klient*innen sind rar.

Gemeindewohnungen fehlen in NÖ durchgängig.

Günstiger Wohnraum ist vor allem im ländlichen Raum außerhalb der Ballungszentren zu finden.

Dort sind öffentliche Verkehrsangebote nur mangelhaft ausgebaut.

Häufig fehlen Querverbindungen zwischen Gemeinden. Busverbindungen gibt es nur zu Schulzeiten und nicht an Wochenenden bzw. in Schulferien.

Um sich eigene Wohnungen leisten zu können, leben viele Betroffene somit weit weg von günstigen Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung, möglichen Arbeitsplätzen oder sozialen Betreuungsmöglichkeiten (z.B. PSDs, Arbeitstrainingszentren,...).

Wenn das eigene Auto nicht bezahlbar ist oder der Führerschein fehlt, steigt das Exklusionsrisiko weiter an.

Wenn leistbarer Wohnraum fehlt, leben psychisch kranke Menschen viel länger als gewünscht und nötig in betreuten Einrichtungen. Konsequenz: persönliche Frustration und viel höhere Kosten für Fördergeber Land NÖ!

Kontakt: Mag.a (FH) Elisabeth Gundendorfer
Psychosoziale Leitung Fachbereich Wohnen, PSZ gGmbH
02266/661 85-48
e.gundendorfer@psz.co.at



Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden!

Wohnen in NÖ: Herausforderungen und Lösungsansätze

Pressemappe Teil III: „Sozialhilfe neu“ heißt noch weniger Geld fürs Wohnen (Lukas Kluszczynski)

Für BezieherInnen einer bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) – zukünftig wieder Sozialhilfe – ist der Erhalt einer Wohnung angesichts ihrer finanziellen Situation eine große Herausforderung. Die Wohnungssicherung NÖ ist bei dieser Personengruppe besonders oft mit Fällen von drohenden oder bereits laufenden Delogierungen konfrontiert.

Im Juni 2019 ist das neue Sozialhilfe Ausführungsgesetz (SAG) NÖ beschlossen worden, welches mit 1.1.2020 in Kraft treten soll. Die darin vorgesehenen Kürzungen, werden zur Folge haben, dass betroffenen Personen noch weniger Geld für Unterkunft zur Verfügung stehen wird.

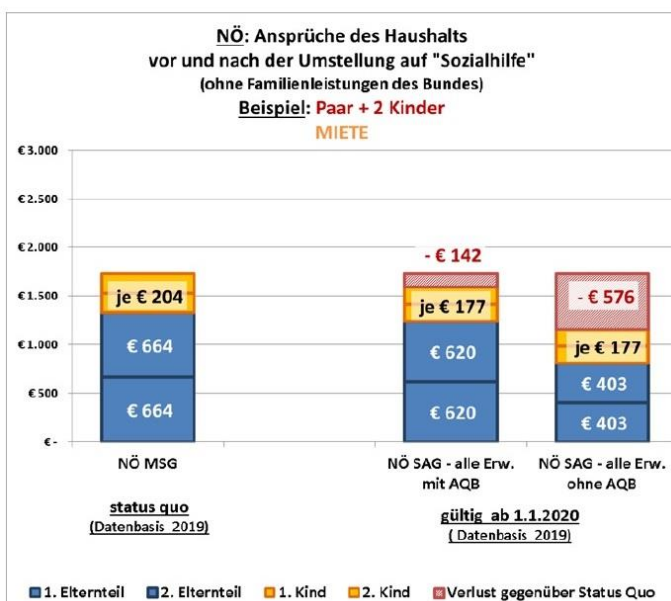
Wohnanteil deckt nicht die realen Wohnkosten

Der Wohnanteil in der Leistung der Sozialhilfe wird auf 40% angehoben – dies jedoch bei gleichbleibender Gesamtsumme. Mit rund €350 sind damit weiterhin nicht die real zu erwartenden Wohnkosten gedeckt, während gleichzeitig der Anteil für den übrigen Lebenserhalt nach unten gedrückt wird.

Einkommenseinbußen gegenüber bisherigen Leistungen aus der BMS

Obwohl der Leistungsanspruch für Einzelpersonen gleichbleibt, müssen Paare und Familien zukünftig mit teils erheblichen Einbußen gegenüber den bisherigen BMS-Leistungen rechnen. Einer Familie mit zwei minderjährigen Kindern stehen in Zukunft € 142 im Monat weniger zur Verfügung, einer Familie mit drei Kindern – bereits € 301. (dies bereits mit Anspruch aller volljährigen Personen auf den „Arbeits-Qualifizierungs-Bonus“)

Paar + 2 mind.j. Kinder (Miete)





Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden! Wohnen in NÖ: Herausforderungen und Lösungsansätze

Wohngemeinschaften

Menschen, die sich mit alternativen Wohnformen aus der finanziellen Krise herauszuhelfen suchen, wird der Weg versperrt: Jede gemeinschaftliche Wohnform von volljährigen Personen wird als „Haushaltsgemeinschaft“ angesehen und führt zur Verringerung des Leistungsanspruchs der Betroffenen. Kürzungen treffen selbst BewohnerInnen von betreuten und therapeutischen Wohngemeinschaften.

Beihilfen

Diverse Beihilfen (gewährt durch Land bzw. Bezirksverwaltungsbehörden) sind ein wertvolles Werkzeug um Delogierungen und Wohnungsverlust abzuwenden.

- Seit einigen Jahren ist ein stetiger Rückgang der Beihilfen zu verzeichnen. Als reine Kann-Leistungen fallen sie Sparzwängen und unterschiedlicher Auslegung durch die jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörden zum Opfer.
- Gemäß SAG NÖ sollen zukünftig für Begleichung von Miet- und Energierückständen explizit keine Beihilfen gewährt werden. („keine außerordentlichen Kosten“)
- Beihilfen werden derzeit aus dem Topf des Sozialhilfegesetzes (SHG) gewährt, Sozialhilfe aus dem SAG. Sollte es nicht zu einer „Reparatur“ der Gesetzeslage kommen, könnten diese Leistungen zukünftig einander im Bezug ausschließen.

Die Kürzung der genannten Leistungen birgt die Gefahr, dass mehr Menschen – insbesondere Familien – in NÖ sich ihre aktuelle Wohnsituation nicht länger leisten können. Eine Delogierung wiederum kann in vielen Fällen den Beginn einer Abwärtsspirale (hohe Verschuldung – etwa durch Gerichtsverfahren, teure Neuanmietung, psychische Belastung, etc.) markieren, an deren Ende die Wohnungslosigkeit mit all ihren Folgeproblemen steht.

Mangels zeitgerechter, präventiver Unterstützung, kann jenen Menschen oftmals nur noch durch intensive, kostspielige Betreuung in einer stationären Einrichtung aus ihrer Notlage heraus geholfen werden.

Kontakt:

Mag. Lukas Kluszczyński, MAS
ARGE Wohnungssicherung NÖ
+43 /1 /376 02 05-2428
lukas.kluszczyński@caritas-wien.at



ARGE WOHNUMGSSICHERUNG NÖ

Delogierungsprävention in Niederösterreich



Pressemappe: Arbeitsgruppe Wohnen des NÖ Armutsnetzwerks, Pressegespräch am 16.10.2019 um 10 Uhr,
Klostergasse 15, 3100 St. Pölten

Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden! Wohnen in NÖ: Herausforderungen und Lösungsansätze

Pressemappe Teil IV: Hürden zum leistbaren Wohnraum (Ingrid Neuhauser)

Infrastruktur:

Die Leistbarkeit einer Wohnung hängt nicht nur von den Mietkosten ab. Denn befindet sich eine Wohnung mit leistbarer Miete in ruralen Raum so sind die Anfahrtswege für Arztbesuche und Einkäufe oft mit hohen Kosten für den öffentlichen Verkehr verbunden. Doch hier liegt das nächste Problem – der öffentliche Verkehr wird immer mehr reduziert, sodass leistbare Wohnungen ohne Führerschein und Auto nicht erreicht werden können.

Um Ausgaben für den öffentlichen Verkehr zu senken wäre eine Vorteilscard (ähnlich der ÖBB), die Möglichkeit eines 10er Blocks oder eine Ermäßigung für Einkommensschwache Personen wünschenswert.

Grundkosten:

Der Finanzierungsbeitrag im sozialen Wohnbau hängt wesentlich von den Grundkosten ab. Grundkosten werden teurer je zentraler der Grund liegt. Einzelne Personen verdienen beim Grundverkauf und werden wohlhabender wohingegen die Gesellschaft den Preis dafür ua. bei den Wohnkosten zu zahlen hat. Einkommensschwache Personen trifft dies besonders.

Bau:

Bei der Wohnungssuche fällt auf, dass die Grundrissflächen mit großen Wohnküchen auf einkommensstarke Haushalte ausgelegt sind. Ideal wären abgeschlossene Küchen damit bei Bedarf auch das Wohnzimmer als Schlafraum genutzt werden kann.

Generell fehlen kleine Wohnungen für Einzelpersonen. Eine kleinere Wohnung ist aufgrund ihrer Größe eher leistbar.

Zu einer Verteuerung des Wohnraums führen Parkplätze und Tiefgaragen in Wohnhausanlagen, die zwingend mitgemietet werden müssen. Ein Beispiel ist hier ein 70m² Wohnung mit einem Parkplatz mit Kosten in der Höhe von 85€ mtl.

Strukturelle Hürden zu leistbarem Wohnraum:

Für Personen mit niedrigem Einkommen gibt es im gemeinnützigen Wohnraum die Möglichkeit einen Wohnzuschuss zu erhalten. Bei einem Einkommen von bedarfsorientierter Mindestsicherung, kurz BMS (in Zukunft Sozialhilfe neu) wird der ohnehin niedrig bemessene Wohnbedarf von der BMS abgezogen. Menschen mit BMS Bezug können sich daher kaum eine Wohnung im sozialen Wohnbau leisten.

Herausforderungen:

Wohnraum – oft auf den ersten Blick leistbar – steht leer, da der Wohnbau schon bekannt ist für hohe Energiekosten, Schimmel, schlechte Bauqualität – daher auf den zweiten Blick nicht leistbar. Menschen in Wohnungsnot fallen auf solche Angebote immer wieder hinein, was zur Verschuldung und einer Verschlechterung ihrer Situation beiträgt.

Kontakt: DSAⁱⁿ Mag.^a (FH) Ingrid Neuhauser
Geschäftsführung Verein Wohnen
02742 / 35 59 34 – 211
Ingrid.Neuhauser@vereinwohnen.at



Pressemappe: Arbeitsgruppe Wohnen des NÖ Armutsnetzwerks, Pressegespräch am 16.10.2019 um 10 Uhr,
Klostergasse 15, 3100 St. Pölten

Die eigenen vier Wände dürfen kein Luxus werden! Wohnen in NÖ: Herausforderungen und Lösungsansätze

Pressemappe Teil IV: Lösungsansätze (Barbara Bühler)

Es braucht ein klares Bekenntnis der Kommunen zum geförderten Mietwohnbau und zu leistbaren Mietwohnungen, sowie die Erarbeitung neuer Förderstrukturen:

- Solange geförderte Wohnungen nicht flächendeckend und ausreichend verfügbar sind, braucht es Formen der Subjektförderung auch im nicht geförderten Wohnbau.
- Menschen wissen selber am besten, wie sie wohnen möchten. Derzeit erschweren oder verhindern bestehende Strukturen individuelle Lösungen, anstatt sie zu fördern.
- Auch in einer finanziellen Notlage dürfen die eigenen vier Wände kein Luxus und kein Armutsrisiko werden. Das NÖ Sozialhilfeausführungsgesetz muss überdacht und in wesentlichen Punkten geändert werden.
- Bestehende Förderstrukturen sollen jene erreichen, die sie am dringendsten benötigen. Ein gewährter Mietzuschuss entlastet Menschen in einer finanziellen Notlage nur dann, wenn er nicht mehr wie bisher vom Wohnanteil der Mindestsicherung abgezogen wird.

Für Rückfragen: Barbara Bühler, Koordinatorin und Obfrau NÖ Armutsnetzwerk
0640/3757781 bzw. armut_in_noe@gmx.at